

i Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 611

Mittwoch, 06. Juli 2016

23. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Das Recht den zu lieben, den Du lieben willst.....	1
Ein weiterer Mord an einem Journalisten und Radiomoderator.....	3
MP und CICIG ermitteln gegen den Abgeordneten Boussinot wegen Erpressung.....	3
Stärkung von Dialogfähigkeit und Mediation von Konflikten.....	4
EU gibt 115 Mio. Dollar für Ernährungssicherheit.....	4
Oberster Gerichtshof entscheidet einstimmig: Die Mine in La Puya ist endgültig zu schliessen!.....	5
MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala.....	5
PDH besorgt über fehlenden Schutz der Akten über den bewaffneten Konflikt.....	6
Generalstaatsanwältin bedroht.....	7

Das Recht den zu lieben, den Du lieben willst

Der 28. Juni ist der Tag des Stolzes der Bewegung der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI). Er wird weltweit begangen, oft unter grössten Schwierigkeiten, z.B. in der Türkei, Russland oder Serbien.

Die Titelgeschichte(n) soll(en) einen Blick auf die Situation in Guatemala werfen. Dort fand am 25. Juni der Marsch des Stolzes in Guatemala-Stadt statt. Ohne besondere Vorkommnisse zogen tausende Personen durch die Strassen vom Platz der Republik in der Zone 4 zum Platz der Verfassung in der Zone 1 und forderten gleiche Rechte. Sie taten dies mit Freude und viel Musik und Tanz in bunten Kostümen auf bunten Wagen. (Fotos finden sich hier: <http://diariodigital.gt/2016/06/galeria-desfile-celebra-la-libertad-de-amar-a-quien-quieras/>) Homosexuelle Paare zeigten öffentlich ihre Liebe. Was ansonsten nicht selten auf wenig Verständnis stösst.

Im Folgenden sollen zwei Artikel miteinander verwoben werden: Ein Teil des Berichtes von siglo21 zum Marsch des Stolzes und ein Bericht in La Hora über die Situation der LGBTI in Guatemala.

Die Gemeinschaft der LGTBI forderte ihre Rechte

Seit 16 Jahren gibt es inzwischen den Marsch des Stolzes. Und damit das Auftreten dieser „sonderbaren Personen“ (diariodigital.gt) in der Öffentlichkeit. Die Repräsentantin der „Organisation der Transgender-Königinnen der Nacht“ (Otrans), Adriana Astolfy Muñoz, erklärte: „Wir fordern einen sofortigen und schlagenden Beweis des politischen Willens, sich unserer Gemeinschaft zuzuwenden. Stattdessen bleibt die Regierung bei ihrer diskriminierenden Praxis.“ Sie und ihre FreundInnen erhalten gleichwohl Unterstützung: vom Roten Kreuz, von der Vereinigung für Familien (Aprofam) und vor allem vom Büro des Ombudsmann für Menschenrechte (PDH).

Die Abteilung für sexuelle Diversität des PDH

Das PDH hat eine Abteilung für sexuelle Diversität eingerichtet. Gabriela Tuch, die diese Abteilung leitet, versucht etwas gegen die fehlende Dokumentation von Gewalttaten, denen Angehörige der LGBTI-Gemeinschaft ausgesetzt sind, zu tun. Dies führt dazu, dass den Mitgliedern ein Zugang zur Justiz erschwert ist. Die Justiz ist noch nicht genügend sensibilisiert für die Notwendigkeit, dass der Staat bzw. staatliche Institutionen hier aktiv werden müssen, um sich der spezifischen Nöte der LGTBI anzunehmen. Es waren soziale Bewegungen, die 2011 einen Bericht über die Gewalt gegen Angehörige der Gemeinschaft veröffentlichten. Allein 2009 und 2010 wurden 30 Transgender ermordet. In einem Fall war ein homosexueller Jugendlicher der sexuellen Gewalt von 17 Personen ausgesetzt, und eine Transgender-Frau wurde in Haft mehr als 80-mal vergewaltigt.

Was tut die Polizei, was die Staatsanwaltschaft?

Der Sprecher der Zivilen Polizei (PNC), Jorge Aguilar, erklärt, dass die Abteilung für Zuwendung an die Opfer, die Fälle von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen aufnimmt, ihr Informationssystem bei der Registrierung von Straftaten verändert habe und Angehörige der LGBTI sich dort als solche identifizieren können. Allerdings müsste dies noch auf die anderen Abteilungen der Polizei ausgeweitet werden.

Die Staatsanwaltschaft (MP) änderte im vergangenen Monat ihr Informationssystem so, dass Vergehen gegen die LGTBI-Gemeinschaft speziell erfasst werden. Für Gabriela Tuch von dem PDH sind das erste kleine Fortschritte, wobei Ende des Jahres eine erste Bilanz gezogen werden könne, ob tatsächlich Zahlen über die Gewalt gegen diese Bevölkerungsgruppe ersichtlich werden. Sie forderte weitere Massnahmen, um den Zugang zur Justiz zu verbessern, eben die Sensibilisierung der RichterInnen und eine Stärkung des Vertrauens in das Justizsystem.

Es folgt ein Bericht eines Aktivisten, Andrés, aus der Nómada vom 24. Juni 2016.

Warum ich mich das erste Mal an der Organisation des Marsches des Stolzes beteiligen werde

In den letzten 25 Jahren habe ich nie die Lust verspürt, an dem Marsch des Stolzes im Juni teilzunehmen. Das hatte nichts damit zu tun, dass ich meine sexuelle Orientierung nicht akzeptieren würde. Es gab für mich einfach keinen Grund, mich da zu engagieren. Die Bilder der Feierlichkeiten in anderen Teilen der Welt haben mich jedoch dazu bewogen, nun Teil dieses Ereignisses zu werden, das damit verbunden ist, sich mit ganz vielen merkwürdigen Leuten abzurackern. Sonst schwitze ich ja nur im Fitness-Studio. Zudem bin ich nicht wie die halbnackten griechischen Statuen, die immer auf diesen Fotos zu sehen sind. Ich möchte meinen Körper nicht unbekleidet sehen. Aber dieses Mal bin ich dabei.

Es macht es nicht einfacher, dass diese Märsche Gefahr bedeuten. Welchen Zweck soll es haben, sich zur Zielscheibe zu machen, wenn der einzige Nutzen ist, für einige Stunden ein leichtes Herzklopfen zu verspüren? Ich habe es satt, die kleinen oder auch weniger kleinen Aggressionen einer Gesellschaft zu ertragen, die mit mir spielt, mich angreift und mich reduziert, um später die Marginalität, die sie mir zuweisen, dafür zu nutzen, anderen zu sagen, dass die, die wie ich sind, nur Trübsal und Leiden in sich tragen.

Ich glaubte immer, dass mein Beitrag zur Gemeinschaft, zu der ich gehöre, darin besteht, anderen die Falschheit des Etiketts „sexuell pervers“, das sie mir und meinen Schwestern und Brüdern überstülpen, zu zeigen. Ich bestreite nicht, dass es sexuell Perverse in der Queer-Gemeinschaft gibt, aber sie sind eher die Ausnahme als die Regel. Und wenn wir uns die Statistiken anschauen, so gibt es mehr heterosexuelle Kinderschänder als homosexuelle: eine Studie über den sexuellen Missbrauch von Minderjährigen - basierend auf dem Buch „Stoppt die Kinderbelästigung“ - besagt, dass von einer Gruppe von 1.038 Männern, die Kinder missbraucht haben, 70 % heterosexuell waren.

Meine Sichtweise auf die Wichtigkeit dieses Marsches änderte sich durch das vor kurzem geschehene homophobe Massaker in Orlando. Nur wenige Male hatte mich ein Ereignis im Ausland so sehr mitgenommen, dass ich meine Aktivitäten neu überdachte. Es begann während der Anti-Korruptionsdemonstrationen im vergangenen Jahr, wo ich das erste Mal das Gefühl hatte, Teil eines wirklichen Wandels zu sein. Ich weiss, dass viele sich über das Beispiel empören werden, weil für sie ein nationaler Kampf nicht vergleichbar ist mit einer „Kampagne für Homosexuelle“. Aber ich muss ihnen sagen, dass sie sich irren. Wenn das Volk sich auf den Plätzen versammelt, dann tun sie das, weil sie es Leid sind, dass die Mächtigen über sie hinweggehen, ihre Petitionen ignorieren. Sie kamen, um für die Zukunft ihrer Kinder zu kämpfen.

Ich ging hin, weil wir uns entschieden haben, uns als Zielscheibe zu platzieren.

Wir marschieren, weil wir das Leben der zukünftigen Queer-Generationen erleichtern möchten. Genauso, wie es unsere Geschwister für uns taten. Wir wissen, dass wir es nicht erleben werden, von den Rechten, für die wir kämpfen, zu profitieren. Aber wir glauben daran, dass das für die Kinder, die nach uns kommen, der Fall sein wird. Damit diese nicht erleiden, was wir erleiden. Damit sie nicht die Welt fürchten müssen, die wir fürchten. Damit sie dem Hass nicht ausgesetzt sind, den wir spüren.

Wir sind keine perfekte Gemeinschaft. Die Zweifel, die wir gegenüber den Transgender und anderen Gruppen haben, zeigen, dass wir an uns arbeiten müssen. Auch wenn wir es uns noch so sehr wünschen, können wir nicht nur die Gesellschaft verantwortlich machen, weil wir Teil dieser Gesellschaft sind. Was wir tun können, ist den alltäglichen Hass gegen uns in Stärke und Leidenschaft zu wandeln und die übrigen Menschen so zu lieben, wie wir uns wünschen würden, dass sie uns lieben. Das ist das Ziel des Queer-Stolzes.

Ich weiss nicht, wie viel Zeit ich bei dem Marsch verbringen werde, oder ob sich meine Art des Denkens wieder verändern wird, aber ich weiss, dass ich zumindest am 25. Juni keine Randfigur sein möchte, so wie bei den Demonstrationen der vergangenen Jahre.

Wenn jemand von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, daran interessiert ist, ihre Angst mit mir zu teilen, dann gehen Sie bitte auf diese Facebook-Seite (<https://www.facebook.com/events/1028128210556950/>), um mehr Informationen über die Veranstaltung zu erhalten. Welche sexuelle Identität oder welches Geschlecht Sie haben, ist nicht wichtig. Wichtig ist, dass Sie ein Teil unserer Geschichte werden wollen. Haben Sie keine Angst, wir werden heterosexuelle oder Menschen, die sich mit ihrem biologischen Geschlecht identifizieren, nicht abweisen. Die Welt braucht mehr Menschen wie Sie. Wir brauchen mehr Personen wie Sie. #QueersBreakTheInternet

Ein weiterer Mord an einem Journalisten und Radiomoderator

Guatemala, 27. Juni. Die Nachrichtenagentur CERIGUA und ihre Monitoringstelle für bedrohte JournalistInnen verurteilen den Mord an dem Journalisten Álvaro Alfredo Aceituno López, Direktor der Radiostation Estéreo Ilusión, der am 25. Juni in der Stadt Coatepeque, Departement Quetzaltenango, ganz in der Nähe seines Hauses stattfand. Laut der bis jetzt vorhandenen Informationen fand der Angriff gegen Aceituno López um 15:45 in dem Stadtteil San Antonio in Zone 1 von Coatepeque statt; das Opfer befand sich auf der Hauptstrasse, um einen Bus ins Stadtzentrum zu nehmen, als er von zwei Personen angegriffen wurde, die laut AugenzeugInnen in einem schwarzen Fahrzeug unterwegs waren. Der Journalist erhielt eine Schussverletzung im Bereich des Hinterkopfes. Das Rote Kreuz fuhr ihn ins Krankenhaus Juan José Ortega, wo er allerdings nach 19 Stunden starb. Danach wurde sein Leichnam an den Sitz des Nationalen Instituts für Forensik (INACIF) gebracht. Erste Untersuchungen wiesen darauf hin, dass es ein direkter Angriff war und die TäterInnen nichts aus dem Besitz des Opfers mitnahmen.

Aceituno López war seit 30 Jahren Journalist und als Direktor von Estéreo Ilusión moderierte er die Nachrichtensendung „Das Geschehen in Coatepeque“, in der von Montag bis Freitag lokale wie auch nationale Meldungen verlesen wurden, sowie die eine Radiosendung mit ZuschauerInnenbeteiligung namens „Wenn sie es uns nicht sagen, wer sonst?“, in der sich die Bevölkerung zu verschiedensten Themen äussern konnte. Angehörige und FreundInnen des Opfers erklärten, dass dieser niemals von Bedrohungen aufgrund seiner Arbeit gesprochen habe. Seine Ehefrau, Thelma Velásquez, bat die Behörden, eine gründliche Untersuchung durchzuführen, um die TäterInnen aufzuspüren und ihre Motive aufzuklären.

Ileana Alamilla, Koordinatorin der Monitoringstelle, bedauerte, dass es nun seit dem Jahr 2000 bereits 25 JournalistInnenmorde gegeben habe, und alleine fünf in diesem Jahr, also seit Jimmy Morales im Amt ist. Da die Staatsanwaltschaft in keinem der letzten Fälle bisher irgendwelche Anhaltspunkte habe, sollte die CICIG sich einschalten. In Coatepeque ist es bereits das zweite Attentat auf einen Journalisten, nachdem in der Nacht zum 17. April William Omar Cabrera Monterroso, Reporter von Cable Gardenias und der Radiosendung Despertar Occidental de Coatepeque, Opfer eines Attentatversuchs wurde. Ihm war eine Pistole an den Kopf gehalten worden. Er versuchte die Pistole abzuwehren, aber ein Schuss traf seine linke Hand, an der eine Woche später ein Daumen amputiert werden musste. (Cerigua)

MP und CICIG ermitteln gegen den Abgeordneten Boussinot wegen Erpressung

Guatemala, 17. Juni. Der Abgeordnete Christian Jacques Boussinot Nuila (ursprünglich UNE, nun TODOS) summiert sich zu den FunktionärInnen, gegen die wegen Korruption Ermittlungsverfahren laufen. Staatsanwaltschaft (MP) und CICIG beantragten vor dem Obersten Gerichtshof (CSJ) die Aufhebung der Immunität Boussinots, da es sehr wahrscheinlich sei, dass dieser die Straftaten der Erpressung, des Amtsmissbrauchs und der Unterschlagung begangen habe.

Der Antrag beruht nach den ersten Ermittlungen auf der Grundlage einer Anzeige mit Dokumenten, die CICIG bereits 2015 vorgestellt hatte. Bis jetzt wird 12 Abgeordnete vorgeworfen, irregulär Personen beschäftigt haben, da diese die für den Pos-

ten notwendigen Aufgaben nicht erfüllten oder ein Gehalt bezogen, aber keine legislativen Aufgaben vornahmen.

Die Anschuldigung gegen Boussinot enthält laut MP und CICIG die Möglichkeit, dass einige der Angestellten aufgrund von Drohungen gezwungen waren, einen hohen Anteil ihres Gehaltes an einen Zwischenhändler des Abgeordneten zahlen mussten. Möglicherweise hatten diese Angestellten gar keinen direkten Kontakt mit dem Abgeordneten, sondern nur zu dessen Vertrauensmann, Edgar Leonel Fernández Regalado, der wegen Erpressung verhaftet worden ist. Über mehrere Jahre hinweg war Fernández Regalado Zwischenhändler zwischen Boussinot und den Angestellten, die der Kongress vertraglich gebunden hatte. Diese arbeiteten jedoch nach Ansicht der ErmittlerInnen nicht im Kongress. Nach der Verhaftung von Fernández Regalado bestätigte Boussinot gegenüber den Medien, dass dieser mit ihm seit einigen Jahren kooperiert habe. Zur Zeit sei dieser Assessor des Abgeordneten Ovidio Monzón, hauptsächlich für den Ausschuss für Arbeit und erhalte ein Gehalt von 30.257 Q (= 3.516 €).

Die Partei TODOS versandte eine Presseerklärung, in der sie darlegte, dass die strafrechtliche Verantwortung rein persönlich sei und dass sie ihr Engagement für die Stärkung des Justizsystems weiterhin verfolgen werden. Laut der Ermittlungsakten seien die Verwaltung der Residenz von Boussinot in dem Kondominium Juan Gaviota in Marina del Sur, Puerto San José, der Bau eines Veranstaltungsraumes, ein Hubschrauberlandeplatz in Fraijanes und die Neueinrichtung eines Lagers des Unternehmens der Familie des Abgeordneten über den Kongress abgerechnet worden. Zudem hätten die Ermittlungen nahe gelegt, dass mindestens vier Personen, die auf Antrag von Boussinot vom Kongress eingestellt wurden, nicht für den Kongress arbeiten durften, da sie bei anderen Unternehmen beschäftigt waren. (EP, LH)

Am 28. Juni gaben die RichterInnen des CSJ grünes Licht für das Ermittlungsverfahren gegen Christian Boussinot. Sie benannten Aura Marina Mancilla Solares, die Vorsitzende der Ersten Kammer des Appellationsgerichts, zur Ermittlungsrichterin.

Stärkung von Dialogfähigkeit und Mediation von Konflikten

Guatemala, 23. Juni. Die Abteilung für politische Fragen (DPA), das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) und die Europäische Union haben ein Projekt gestartet, das die Dialogfähigkeit und die Mediation von Konflikten in Guatemala stärken soll. Zielgruppe sind Schlüsselgruppen der Gesellschaft, deren Kapazitäten in den Bereichen Konfliktprävention und ziviler Konfliktbearbeitung verbessert werden soll. Dies soll über ein Netz von MediatorInnen erreicht werden, die auf lokaler Ebene tätig werden sollen. Sowohl die Beziehung der MediatorInnen zu den Konfliktparteien als auch deren Engagement für das Land wie für bestimmte Gemeinden erfordert von ihnen einen Erfahrungsschatz, der es ihnen ermöglicht, Friedensprozesse einzuleiten. Zudem müssten diese über Legitimität und Wissen darüber verfügen, wie Konflikte friedlich und konstruktiv gelöst, ein Konsens zwischen den Konfliktparteien erreicht, ein vorbeugendes Frühwarnsystem aufgebaut und strategische Dialoge in den verschiedenen Gebieten vermittelt werden können.

Zur Umsetzung des Projektes wurde in der Woche zwischen dem 6. und 11. Juni ein erstes Ausbildungsprogramm namens „Interne MediatorInnen: Förderung des demokratischen Dialogs und der Mediation zur Konfliktprävention“ begonnen - und zwar in den drei Ixil-Gemeinden Santa María Nebaj, San Juan Cotzal und San Gaspar Chajul. Dabei sollen lokale Autoritäten und Älteste, aber auch Frauen und Jugendliche und andere wichtigen AkteurInnen in den genannten Fähigkeiten fortgebildet werden. Die Module werden durchgeführt mit Hilfe der Stiftung „El Arte de Vivir“ (die Kunst zu leben), dem Büro der UN für Menschenrechte, der Stiftung PROPAZ und UNDP. (Cerigua)

EU gibt 115 Mio. Dollar für Ernährungssicherheit

Guatemala, 23. Juni. Die Europäische Union (EU) wird Guatemala 115 Mio. Dollar geben, um die Ernährung zu sichern und Strategien gegen die Unterernährung von Kindern zu entwickeln. Das sagte der EU-Repräsentant, Patrick Dumazert. Die EU-Repräsentanz werde sich den Prozessen, die momentan im Lande im Gange sind, anpassen: erstens bei der Umsetzung von Aktivitäten im Bereich Landwirtschaft und Gesundheit, zweitens Aufbau von Prozessen in Bildung, Wasser- und sanitäre Versorgung. Das Projekt werde eine Laufzeit von fünf Jahren (2017-2021) haben und soll zur Verbesserung der Ernährungslage, dem Abbau von chronischer Unterernährung und Mangelernährung in Guatemala beitragen. Das Projekt werde über die Institutionen der Regierung von Jimmy Morales durchgeführt werden, der eine Strategie in den genannten Bereichen entwickeln werde. Laut Daten der UN sind 49 % der Kinder unter 5 Jahren chronisch unterernährt, der höchste Wert

in Lateinamerika. Morales hatte bei Amtsantritt das Ziel ausgegeben, diese Zahl bis zum Ende seiner Amtszeit in vier Jahren um 10 % zu senken. (Cerigua)

Oberster Gerichtshof entscheidet einstimmig: Die Mine in La Puya ist endgültig zu schliessen!

Guatemala, 29. Juni. Laut einer Meldung des Aktionszentrums für Umwelt- und Sozialrecht (Calas) hat der Oberste Gerichtshof (CSJ) unwiderruflich entschieden, dass die Erlaubnis, in La Puya Gold und Silber abzubauen, die Rechte der dort lebenden Bevölkerung verletzt, da die dort durchgeführten Volksabstimmungen, die den Abbau ablehnten, nicht beachtet worden seien. Die Mine liegt im Dorf La Puya, das zwischen den Stadtkreisen San José del Golfo und San Pedro Ayampuc liegt. Der CSJ wies das Energie- und Bergbauministerium (MEM) an, die Abbauerlaubnis LEXT-054-08 für das Unternehmen Exmingua aufzuheben. Die Entscheidung wurde einstimmig getroffen. Bei Nicht-Einhaltung der Anordnung werde dem MEM ein Bussgeld in Höhe von 1.000 Q (= 115 €) auferlegt. Folgende RichterInnen haben diese Entscheidung getroffen: Silvia Valdez, Vitalina Orellana, Delia Dávila, Josué Baquix, Nery Medina, Sergio Pineda, Silvia García, José Pineda und María Morales, sowie als deren Vertreter, Carlos Paiz, Manfredo López, Gustavo Dubón und Freedyn Fernández. Nicht daran beteiligt waren der Präsident des Justizapparates, Ranulfo Rojas, (die korrupte) Blanca Stalling, Néster Vásquez und Douglas Charchal. Bereits am 22. Februar gab es eine entsprechende vorläufige Entscheidung. Die BewohnerInnen von La Puya, die über vier Jahre mit friedlichen Protesten das Bergbauprojekt bekämpft hatten, können nun (hoffentlich) endlich einen Sieg feiern.

MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala

Guatemala, 29. Juni. Bewaffnete Männer drangen am 21. Juni diesen Jahres in die Büros von Impunity Watch in der 7. Avenida zwischen Strasse 1 und 2 der Zone 1 der Hauptstadt ein. Die dort anwesende Person wurde festgehalten, während die maskierten Männer die Archive und Schreibtische durchwühlten und nach Dokumenten der Organisation suchten.

Jorge Santos von der Einheit der MenschenrechtsverteidigerInnen von Guatemala (UDEFEFUGA) befürchtet, dass der Angriff von Gruppen kommt, die derzeit bei wichtigen Prozessen vor Gericht stehen, bei denen Impunity Watch als internationale Beobachterin und Begleiterin präsent ist. „Wie müssen glauben, dass der Angriff von AkteurInnen kommt, die ihre Straffreiheit in den letzten Jahren schwinden sehen und deshalb versuchen, ein beängstigendes Klima zu erzeugen. Das werden nicht akzeptieren“, unterstrich Santos.

Man vermutet, dass die Einbrecher Informationen suchten, da das Büro verwüstet wurde und Dokumente auf dem Boden verstreut herumlagen. Aber man weiss noch nicht, ob sie gefunden haben, was sie suchten und Akten über jene Fälle verwendet wurden, die durch die Organisation begleitet werden. Unter jenen bekannten Fällen, die Impunity Watch begleitet, ist der Fall von Molina Theissen. Einer der Anwälte arbeitet bei Impunity Watch und demnächst wird eine Anhörung stattfinden.

Staatsanwaltschaft, Polizei und Exekutive werden von UDEFEFUGA aufgerufen, das Leben und die Sicherheit aller am Fall beteiligten Personen zu garantieren, da dies die Pflicht des Staates sei.

US-Botschafter Todd Robinson und der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OACNUDH), Alberto Brunori, drückten öffentlich ihre Unterstützung für diejenigen aus, die Gerechtigkeit im Land erreichen wollen, und ihre Ablehnung solcher Überfälle.

Nur eine Woche später trafen sich Menschenrechtsvereinigungen aus verschiedenen Sektoren bei einer Tagung mit dem Titel „MenschenrechtsverteidigerInnen und der Kampf gegen die Straflosigkeit“ und kamen überein, dass es dringend notwendig sei, eine starke Politik und Instrumente zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen zu schaffen.

Alberto Brunori eröffnete das Treffen mit einer Rede, in der er seine Besorgnis darüber ausdrückte, dass zwar die Zahl der Übergriffe gegen MenschenrechtsverteidigerInnen abgenommen, die Intensität der Angriffe jedoch zugenommen habe. "In den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 wurden neun MenschenrechtsverteidigerInnen ermordet, im Vorjahr waren es

über das gesamte Jahr verteilt 12“, unterstrich Brunori. Nicht nur Ermordungen und Bedrohungen würden genutzt, so Brunori, sondern auch das Strafrecht gegen die AktivistInnen eingesetzt.

Iván Velásquez, Chef der CICIG, hob hervor, dass die MenschenrechtsverteidigerInnen in der ersten Reihe beim Aufbau einer Demokratie stehen. „Die Straflosigkeit wirkt wie ein Multiplikatoreffekt bei den Aggressionen“, sagte Velásquez. Er stritt ausserdem ab, dass es Einmischung von Seiten der internationalen Gemeinschaft in Guatemala gäbe, wie es andere Personen, darunter Ex-Präsident Otto Pérez Molina, behauptet haben. „Es gibt ein Prinzip der Menschlichkeit, das universal ist und über die Grenzen eines Landes hinausgeht. Die internationale Gemeinschaft unterstützt die Verteidigung des Lebens, das kann man nicht als Einmischung qualifizieren.“

Édgar Pérez von der Anwaltskanzlei der Menschenrechte, meinte: „Die Kriminalisierung der MenschenrechtsverteidigerInnen nimmt stetig zu, vor allem von denjenigen, die ihre Besitzrechte verteidigen.“ Er stimmt dabei mit Celeste Gutiérrez vom Diözesan-Rat für die Verteidigung der Natur (Codidena) überein, die mehrere Beispiele von Unternehmen aufzeigte, die AktivistInnen zusammen mit Sicherheitsmännern bedrohen. „Der Rassismus ist sehr stark verbreitet und sie sehen in uns weiterhin Leute zweiter Klasse, und so beginnt die Repression. Bei der Formulierung einer Menschenrechtspolitik müssen die [indigenen] Gemeinden beteiligt werden“, fügte Daniel Pascual vom Komitee der bäuerlichen Einheit (CUC) hinzu.

Zahlen von Udefegua ergeben, dass prozentual die meisten Aggressionen unter der Regierung von Pérez Molina geschahen.

Auch VertreterInnen der Regierung, darunter Víctor Hugo Godoy (Menschenrechtskommission des Präsidentialamtes, CO-PREDEH) und Claudia López (PDH) erklärten ihre Bereitschaft an einer menschenrechtsorientierten Politik mitzuwirken. Letztere sagte, dass Beamten verschiedener Regierungen MenschenrechtsverteidigerInnen diffamierten. Ex-Vizepräsident Eduardo Stein verwechselte ÖkologInnen mit DrogenhändlerInnen und Ex-Innenminister Mauricio López Bonilla verglich AktivistInnen mit Bandenmitgliedern.

Aktivistin Helen Mack war eine der angriffslustigsten RednerInnen. Sie wies darauf hin, dass die Behinderung der Justiz, Bedrohungen und schwarzen Kampagnen die Haupthindernisse für VerteidigerInnen darstellen. Sie nannte das Beispiel der Kooptierung des Staats, und wie die „Eliten“ und „die seit jeher Korrupten“ jene attackieren, die Anzeige gegen sie stellen. Sie attackieren sie in der Presse aber auch im Internet und in den sozialen Netzwerken. Es müsste das Strafgesetz reformiert werden, um diese Art von Delikten zu definieren. „Da die Zeiten der Straflosigkeit zu Ende gehen, greifen sie den CICIG-Leiter an (er solle sich psychologisch behandeln lassen), die Generalstaatsanwältin (sie sei eine Lügnerin), den US-Botschafter Todd Robinsin (er mische sich ein) -, und den schwedischen Botschafter (er sei ein Kommunist)“, sagte Mack.

(PL, EP)

PDH besorgt über fehlenden Schutz der Akten über den bewaffneten Konflikt

Guatemala, 24. Mai. Das Büro des Menschenrechtsombudsmanns (PDH) sieht eine Schutzlücke bezüglich der Akten der Opfer des bewaffneten Konflikts. Hilda Morales von der PDH sagte, dass aufgrund eines zu knappen Budgets des Nationalen Programms für Wiedergutmachung (PNR) nicht nur die Entschädigungen langsam vorangeschritten sei, sondern auch die Sicherheit der Dossiers gefährdet sei. „Die Akten stellen die Lebensgeschichte über das dar, was während des bewaffneten Konflikts geschah. Aus diesen kann analysiert werden, wer die Verantwortung für die Verletzung der Menschenrechte trug und wer die Opfer waren. Sie sind eine Grundlage für die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft“, bestätigte Morales.

Dieses Jahr wurden dem PNR nur 25 Mio. Quetzales (= 2,87 Mio. €) zugeteilt, wodurch diese ihren Aufgaben nicht nachgehen kann. Das PDH stellte Anzeige gegen die Nationale Kommission für Wiedergutmachung wegen Nichterfüllung ihres Mandats hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit des PNR.

Sergio Castro, Repräsentant des Nationalen Opfernnetzwerks, verwies darauf, dass es laut PNR 85.000 Akten gäbe, aus diesen seien in etwa 29.000 Personen entschädigt worden, aber lediglich mit Geldzahlungen - nicht aber durch andere Massnahmen wie materielle Rückgaben, psychosoziale, kulturelle Wiedergutmachung und der Wiederherstellung von Würde. „Hier haben wir ein schwerwiegendes Problem, denn die Kommission zur Aufklärung der Geschichte erfasste mehr als 200.000 Opfer, mehr als 669 geheime Friedhöfe, 45.000 Verschwundene und mehr als eine Million Vertriebene, aber dass spiegelt sich in den Registern nicht wieder. Das ist etwas, in dem das PNR gegenüber den Opfern noch in der Pflicht steht“, sagte er.

Einen weiteren Grund zur Besorgnis äusserte Byron Paredes von dem PDH. Während der letzten drei Jahre hatte das PNR aus diesen Akten keine einzige Anzeige an die Staatsanwaltschaft wegen Menschenrechtsverletzungen weitergeleitet, und

heute stehen sie vor der Gefahr, zerstört zu werden. „Es gibt sechs regionale Sitze, die geschlossen sind, d.h. den Akten wird keinerlei Schutz durch den Staat gewährt. Sie können die Dokumente weder kontrollieren noch schützen“, sagte er. Er fügte hinzu, dass, wenn diese Dokumente, die Kriegszeugnisse sind und Menschenrechtsverletzungen bezeugen, verloren gehen sollten, dann werden die Opfer keine Entschädigung im Rahmen der nationalen Wiedergutmachungspolitik bekommen. (PL)

Generalstaatsanwältin bedroht

Guatemala, 28. Juni. Die Generalstaatsanwältin Thelma Aldana bestätigte offiziell, dass das organisierte Verbrechen von Guatemala ein Attentat gegen sie plane. Dies gab sie im Programm “Conclusiones” (Schlussfolgerungen) der Fernsehkette CNN an. Laut Aldana fanden das Innenministerium und die Staatsanwaltschaft dies mit speziellen Ermittlungsmethoden heraus. Auch der Richter Miguel Ángel Gálvez, der die Fälle gegen Pérez Molina und Roxana Baldetti führt, erhielt Todesdrohungen. Die Generalstaatsanwältin führt diese Tatsachen darauf zurück, dass zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die im Staat verkrusteten Strukturen auseinandergenommen werden. Das ist die Reaktion der kriminellen Gruppen darauf.

Aldana kommentierte, dass der Menschenrechtsombudsmann Jorge de León Duque nach Washington zur Interamerikanischen Kommission der Menschenrechte (CIDH) reiste, um Schutzmaßnahmen zu ihren Gunsten zu beantragen, damit sie ihrer Funktion als Generalstaatsanwältin ohne Druck nachkommen könne. Aldana erhält bereits seit mehreren Wochen Schutzmassnahmen durch den Staat aufgrund der Bedrohungen gegen sie und ihre Familie.

Es wurde ein Team mit MitarbeiterInnen aus dem Innenministerium und der Staatsanwaltschaft aufgestellt, um die Verantwortlichen, die hinter diesen Anschlagplänen auf Aldana stehen, zu finden. Auch die CICIG und die Sicherheitsabteilung des Staates sind daran beteiligt. Aldana selbst befindet sich, seit sie von den Morddrohungen erfuhr, ausser Landes. Sie sagte aber, dass sie sich ihrer Pflicht nicht entziehen werde.

Neben den Bedrohungen gäbe es ebenfalls, so Aldana, eine Diffamierungsstrategie gegen sie. Roxana Baldetti beschuldigte während eines Prozesses die Generalstaatsanwältin, persönliche Gefallen für korrupte Beamte getätigt zu haben. Baldetti selbst hatte Aldana gebeten, sich mit Juan Carlos Monzón zu treffen, der ein Problem hatte. Er ist aber selbst im aktuellen Korruptionsfall verwickelt. Allerdings, so die Verteidigung Aldanas, geschah dies, als Monzón noch nicht mit dem Fall in Verbindung gebracht worden war. (EP, Cerigua)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6